

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **16.01.2025** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-WALV/033

Beginn öffentlicher Teil: 17:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:26 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Apel, Robert

ab TOP 4

Mitglied/Mitglieder

Gawlik, Mario
Müller, Malte
Schweer, Cord-Heinrich
Thieleking, Ariane

Grundmandat

Bierkamp, Dirk

bis TOP 4 tlw. anwesend, ab da
Vertretung von Dr. Kaever,
Volkhard

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Pracht, Klaus, Dr.

Vertretung für Herrn Stefan Auer-
bach

Beratende/s Mitglied/er

Wackermann, Lutz
Wortmann, Thomas

ab TOP 3

stellv. Mitglied/Mitglieder

Degro, Johanna
Gersemann, Christiane
Hinz, Gerald

ab TOP 4, Vertretung für Herrn
Björn Sund
Vertretung für Herrn Niklas Peisker
Vertretung für Frau Susanne Paul

Verwaltung

Elias, George
Fritz, Petra
Frommelt, Danielle
Krause, Julia

Gäste:

Herr Mazur

PGT Umwelt und Verkehr GmbH
(Hannover) zu TOP 3/3.1

Herr Brandes
Frau Grabowski

Verkehrsbehörde Region
Hannover zu TOP 3/3.2
Verkehrsbehörde Region
Hannover zu TOP 3/3.2

Mitglieder des Workshops „Innenstadt“

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 29.10.2024
3. Verkehrsversuch "Marktstraße"
 - 3.1. Präsentation der Verkehrsdatenerhebung im November 2024 durch das Büro PGT
 - 3.2. Darlegung der daraus resultierenden verkehrsrechtlichen Auswirkungen durch die Verkehrsbehörde der Region Hannover
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4.1. Auswertung der Verkehrszählungen zur Entschärfung kritischer Straßenquerungen
Vorlage: M 2024 0716/1
 - 4.2. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg"
Vorlage: M 2024 0761/5
5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
6. Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Braun**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Das Protokoll der Sitzung vom 05.12.2024 liegt noch nicht vor, daher muss die Genehmigung des Protokolls in die nächste Sitzung verschoben werden.

Da es keine Informationen für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt, kann dieser Teil entfallen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Form genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 29.10.2024

Frau Degro und Herr Apel sind zur Abstimmung noch nicht anwesend.

Einstimmig (5 Jastimmen und 2 Enthaltungen) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 29.10.2024 wird genehmigt.

3. Verkehrsversuch "Marktstraße"

Zu diesem TOP sind sowohl die Verkehrsbehörde der Region Hannover als auch Herr Mazur vom Büro PGT anwesend. Weiterhin sind die Mitglieder des Workshops „Maßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Burgdorfer Innenstadt“ zu dem Thema eingeladen und teilweise anwesend.

3.1. Präsentation der Verkehrsdatenerhebung im November 2024 durch das Büro PGT

Das Büro PGT hat eine erneute Verkehrsdatenerhebung im November 2024 durchgeführt. Die Auswertung der Daten stellt **Herr Mazur** mittels Präsentation vor, aus der die Verkehrsdaten vorher und während des Versuchs zu entnehmen sind. *Die Präsentation ist als **Anlage 1** dem Protokoll beigefügt.* Festzustellen ist, dass der Fußgängerverkehr während des 1. Versuches annähernd gleichbleibt, aber wesentlich mehr Radfahrende die Marktstraße befahren. Beim jetzigen Versuch hat sich die Zahl der Radfahrenden wieder reduziert und diese fahren teilweise auf dem Gehweg.

3.2. Darlegung der daraus resultierenden verkehrsrechtlichen Auswirkungen durch die Verkehrsbehörde der Region Hannover

Herr Brandes (Verkehrsbehörde) teilt mit, dass in Burgdorf ein strukturelles Defizit in Form einer Südumgehung besteht. Die Region kann zwar Schilder zur Umfahrung der Innenstadt aufstellen; diese werden grundsätzliche strukturelle Probleme aber nicht lösen. Daher muss gemeinsam eine Lösung gefunden werden. Für einen Geschäftsbereich mit Zone 20 km/h fahren zu viele Fahrzeuge durch die Marktstraße. Der Versuch, die Verkehrszahlen annähernd zu senken, ist auch mit dem 2. Versuch nicht gelungen. Dadurch kann ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich nicht aufrechtgehalten werden. Um allerdings zu vermeiden, dass wieder mit Tempo 50 durch die

Marktstraße gefahren wird, hat die Verkehrsbehörde einen Vorschlag erarbeitet. Der Plan ist als **Anlage 2** dem Protokoll beigefügt.

Vorgeschlagen wird ein streckenbezogenes Tempo 30, was allerdings die Ausweisung der Marktstraße als Vorfahrtsstraße mit sich bringt. Die aktuelle Einbahnstraßenregelung der Poststraße/Braunschweiger Straße würde dabei bestehen bleiben. Dies soll der Abgrenzung dienen, um in dem Bereich die Tempo-20-Zone zu erhalten.

Die Ausschussmitglieder diskutieren ausführlich über die vorgelegten Verkehrsdaten vom Büro PGT sowie den Vorschlag der Region. Das nur ein einziger Vorschlag zur Diskussion steht, enttäuscht ein Ausschussmitglied, er hat mehrere Alternativen erwartet. Mit einer Vorfahrtsstraße sind die Mitglieder nicht unbedingt zufrieden.

Folgende Punkte werden in der Diskussion angesprochen, die auch im Rahmen des Workshops thematisiert werden sollen:

- Die Verkehrswege in der Innenstadt müssen insgesamt betrachtet werden. Individualverkehre bestehen. Es muss eine gemeinsame Lösung gefunden werden, diese mittels Lenkung zu entzerren, um eine gewisse Entlastung in der Innenstadt zu bekommen. Ziel: Lenkung in Richtung Ortsumgehung und nicht in die kleinen Straßen der Innenstadt.

- Der vorliegende Vorschlag ist das Ergebnis gesetzlicher Vorgaben. Die Ziele, den Autoverkehr zu reduzieren und den Radverkehr zu fördern, so dass die Aufenthaltsqualität gesteigert wird, werden damit nicht erreicht.

- Es sollen Gestaltungsmöglichkeiten geprüft werden, damit – insbesondere in den Abendstunden – die Marktstraße nicht zu einer Rennstrecke wird. Allein mit Schildern wird eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht vollumfänglich erreicht. Für den Durchgangsverkehr muss die Marktstraße unattraktiv werden.

- Beibehaltung oder Umkehrung der Einbahnstraße „Poststraße“: Gefahr bei der Umkehrung, dass der Verkehr wieder zunimmt, anstatt die Ortsumgehung zu nutzen (insbesondere Feierabendverkehr). Fraglich ist in dem Fall, ob die 20-Zone bestehen bleiben kann oder wieder 50 km/h gelten muss. In dem Zusammenhang prüfen, ob die Parkplätze in dem Bereich bei Änderung der Einbahnstraße trotzdem bleiben können.

- Einrichtung einer Strecke mit „besonderem Querungsbedarf“ auf der Marktstraße (Shared Space) in Höhe der Kirche/Rathaus I.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass die Einwohnerfragestunde zu diesem Thema vorgezogen wird.

Ein Einwohner stellt fest, dass viele die Marktstraße nutzen, um in die Südstadt zu gelangen. Sofern hier keine Alternativen geschaffen werden, wie man auf einfachem Wege in die Südstadt kommt, wird sich das Verhalten nicht ändern.

Ein Mitglied aus dem Seniorenrat findet, dass die Fußgänger – insbesondere Senioren – berücksichtigt werden müssen. Die Gehwege werden nun wieder von Radfahrenden und E-Scootern genutzt, was die Fußgänger gefährdet und ängstigt.

Ein Einwohner bemängelt die negative Darstellung der Autofahrenden. Viele sind auf das Auto angewiesen, weil Rad und ÖPNV nicht möglich oder zu

unzuverlässig sind. Somit müssen sie die Innenstadt auf dem Weg zur Arbeit nutzen, da alternative Ausweichstrecken fehlen.

Ein Vertreter des SMB weist darauf hin, dass die Existenz der Geschäftsleute in der Post-/Braunschweiger Straße weiterhin gefährdet ist. Eine Umkehrung der Einbahnstraße würde nicht nur die Erreichbarkeit dieser Geschäfte erleichtern, sondern auch den Knotenpunkt Marktstraße/Vor dem Celler Tor entlasten. Der Fokus sollte zudem auf der Verkehrslenkung liegen. Ebenso sollte die Barrierefreiheit der Marktstraße wieder hergestellt werden. Gerne beteiligt sich der SMB an weiteren Gesprächen, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Herr Brandes antwortet, dass die Verkehrsbehörde die entsprechende Ausschilderung anordnet. Die Einbahnstraßenregelung würde er aber so lassen, wie sie aktuell ist. Anders würde sich im Straßenzug Post-/Braunschweiger Straße wieder erhöhen, so dass die Anordnung der 20-Zone wahrscheinlich nicht aufrecht gehalten werden kann.

Da die Gesamtbetrachtung der Innenstadt mehrfach Thema der Diskussion ist, erkundigt sich **Herr Braun** nach dem Sachstand des Mobilitätskonzeptes. **Herr Mazur** nimmt zunächst allgemein zur Diskussion Stellung. Er hält es nicht für sinnvoll, sich allein auf eine Entlastungsstraße zu konzentrieren. Der erste Versuch sollte dazu dienen, eine Basis mit Werten zu finden, um zu entscheiden, wie es weitergehen kann. Der Versuch in Burgdorf ist auch nicht mit dem Verkehrsversuch in Uetze zu vergleichen. Beim ersten Versuch hat man eine Reduzierung des Verkehrs erzielt. Die daraus entstandenen negativen Aspekte hätte man nachjustieren müssen, anstatt den Versuch abubrechen. Der Zeitraum von einem halben Jahr wurde bewusst gewählt, damit sich die Verkehrsteilnehmenden zunächst an die Situation gewöhnen können. Ein Workshop mit allgemeiner Beteiligung könnte zielführend sein, aber allein mit Maßnahmen in der Marktstraße wird man das Verkehrsaufkommen nicht reduzieren können. Das Mobilitätskonzept soll in schriftlicher Form Ende Januar/Anfang Februar der Verwaltung vorliegen. **Herr Mazur** weist darauf hin, dass Burgdorf eine lebendige Innenstadt hat.

Am Mittwoch, 22.01.2025, findet der 3. Workshop zum Thema „Maßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Burgdorfer Innenstadt“ statt. Es wird darum gebeten, auch die Ausschussmitglieder WALV dazu einzuladen.

(Nachrichtlich über Protokoll: Die Einladung wurde am 17.01.2025 an die Mitglieder per E-Mail verschickt.)

Es wird der Wunsch geäußert, dass die Verkehrsbehörde auch an der nächsten Ausschusssitzung am 13.02.2025 teilnimmt.

Zum weiteren Vorgehen teilt die Verkehrsbehörde mit, dass die vorgestellte Alternative ab dem 01. März 2025 angeordnet werden soll. Die Ausgestaltung muss die Stadt vornehmen.

Frau Grabowski informiert, dass die Ursprungsvariante der Einbahnstraße von der Verkehrsbehörde geprüft wird, insbesondere auch im Hinblick auf die dann möglicherweise geltende Geschwindigkeit (20 oder 50 km/h). Ebenso werden die weiteren Anregungen betrachtet.

Herr Pollehn erläutert, dass die heutigen Anregungen mit in den Workshop genommen werden. Man sollte die Konsequenzen der Vorschläge bedenken und sehen, welche davon mitgetragen werden. Die Ergebnisse aus dem Workshop werden beim weiteren Verlauf berücksichtigt.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

4.1. **Auswertung der Verkehrszählungen zur Entschärfung kritischer Straßenquerungen** **Vorlage: M 2024 0716/1**

Frau Gersemann macht deutlich, dass sie mit der Auswertung der Verkehrsbehörde zu den Verkehrszahlen nicht zufrieden ist. Ihre Anmerkungen sind als **Anlage 3** dem Protokoll beigefügt.

Frau Frommelt teilt mit, dass die Verkehrsbehörde gebeten wurde, zu dem Thema in der Sitzung anwesend zu sein. Der entsprechende Mitarbeitende der Region Hannover konnte aber leider nicht teilnehmen und die zu TOP 3 anwesenden Kollegen waren an der Auswertung nicht beteiligt und können daher keine Fragen beantworten.

Frau Frommelt erläutert, dass Zählungen des fließenden Verkehrs von der Stadt mittels Seitenradar nur nacheinander für eine Fahrbahnseite erfolgen können und nicht zeitgleich. Die querenden Radfahrenden und zu Fuß Gehenden werden parallel zu einer Smiley-Messung erhoben. Diese Daten werden an die Verkehrsbehörde der Region weitergeleitet. Allerdings berücksichtigt diese bei der Auswertung keine querenden Radfahrenden. Insofern reduzieren sich dann die Querungszahlen. Auch die Verwaltung war darüber verwundert, da die städtische Verkehrsbehörde da früher anders umging. Des Weiteren können nach städtischem Kenntnisstand bei einem Schulweg auch geringere Querungszahlen der Auswertung zu Grunde gelegt werden (30 in der Spitzenstunde).

Die Ausführungen von Frau Gersemann werden der Verkehrsbehörde zur Stellungnahme weitergeleitet.

Es wird darum gebeten, dass bei der weiteren Diskussion insbesondere auch die Kinder berücksichtigt werden und nicht nur die Erwachsenen. Weiterhin ist zu bedenken, dass in Heeßel die Ortsdurchfahrt derzeit durch die Baumaßnahme gesperrt ist und dadurch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Schillerslager Straße / B 443 zu erwarten ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung gibt die Ausführungen von Frau Gersemann an die Verkehrsbehörde zur Stellungnahme weiter.

4.2. **Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg"** **Vorlage: M 2024 0761/5**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anfragen vor.

6. **Anregungen an die Verwaltung**

1. Herr Dr. Kaever erinnert an den Antrag zur Errichtung einer Fußgängerbedarfsampel in Sorgensen (*nachrichtlich zur Information: A 2024 0844*). Hier sollten ebenfalls Verkehrszählungen erfolgen und er erkundigt sich nach dem Sachstand.

Frau Frommelt antwortet, dass ein Ortstermin mit der Landesbehörde trotz Nachfrage noch nicht stattgefunden hat. In dem Zusammenhang fragt sie nach, ob die gewünschte Fußgängerbedarfsampel konkret an der Stelle errichtet werden soll. Ihrer Meinung nach, könnte eine andere Stelle sinnvoller sein, da gerade der Kurvenbereich bis zum Mühlenweg sehr gefährlich ist.

Herr Hinz stellt fest, dass der Bereich insgesamt unübersichtlich ist. Die konkrete Stelle kann von den Fachleuten im Rahmen der Prüfung festgelegt werden.

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von den Anwesenden gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin